

FREIE SICHT

Abgabe für die
Zuwanderung

REINER EICHENBERGER

Je schlechter die Weltwirtschaft läuft, desto dringender muss die Schweiz selbst eine vernünftige Politik betreiben. Doch gerade hinsichtlich der besonders wichtigen Zuwanderungsfrage liegt der Bundesrat völlig falsch. Er setzt weiterhin auf Kontingente mit Schutzklauseln.



Dabei fordert die ökonomische Logik das Gegenteil: Die Zuwanderung soll nicht mit bürokratischen Mengenbegrenzungen, sondern mit Preisen und so durch Anreize und marktgerecht gesteuert werden. Ideal wären Zuwanderungsabgaben für Erwerbstätige und Nicht-Erwerbstätige, die von der hier verbrachten Zeit abhängen. Tatsächlich setzt die nationale und internationale Politik bei verwandten Problemen, etwa in der Handels- und Umweltpolitik, schon lange auf Preis- statt Mengensteuerung. Der Bundesrat kann sich nicht damit entschuldigen, er verfolge nur das, was das Volk auf Vorschlag der SVP in die Verfassung schrieb. Er vertritt die Schutzklausel aktiv, bewirbt sie bei jeder Gelegenheit, und er hat eine Preissteuerung der Zuwanderung zum vornherein ausgeschlossen.

Mehr als ärgerlich ist, wie er nun auf die Verhandlungen der EU mit Grossbritannien reagiert. Er behauptet, da liesse sich die EU auf eine seiner Schutzklausel verwandte Lösung ein. Doch in Wahrheit verhandelt die EU mit Grossbritannien über eine Preissteuerung der Zuwanderung. Grossbritannien darf in

«Die Zuwanderung sollte mit Preisen statt mit Bürokratie gesteuert werden.»

Zukunft wohl Lohnzuschüsse an Niedriglohnbezüger nicht mehr allen, sondern nur langjährigen Einwohnern zahlen und so Neuzuwanderer diskriminieren. Damit zielen die EU und Grossbritannien zwar nicht explizit auf eine Sondersteuer, sondern auf eine Minderleistung für Zuwanderer. Jeder Ökonomiestudent weiss aber, dass Steuererhöhungen und Beitragssenkungen in ihrer Lenkungswirkung weitgehend äquivalent sind. Neuzuwanderer bezahlen zwar so wie alle anderen Einwohner Steuern – insbesondere die Mehrwertsteuer von 20 Prozent –, erhalten aber eine für sie wichtige Staatsleistung nicht. Das ist das Spiegelbild einer Abgabenlösung, bei der die Neuzuwanderer zwar die gleichen Leistungen wie Einheimische erhalten, aber eine spezielle zusätzliche Steuer bezahlen.

Der britische Vorschlag zielt speziell auf die Zuwanderung im Niedriglohnbereich. Wäre er auch gut für die Schweiz? Er alleine könnte die Probleme der Schweiz nicht lösen, weil sie eine sehr viel höhere Zuwanderung als Grossbritannien hat, die schwergewichtig eher in Normal- als in Niedriglohnjobs geht. Als Ergänzung zu einer Zuwanderungssteuer ist der britische Mechanismus aber interessant: Statt den Arbeitsmarkt mittels immer marktfeindlicheren flankierenden Massnahmen «gegen Lohndumping» zu lähmen, lassen die Briten eine freiere Lohnentwicklung zu, zahlen aber den arbeitenden Niedriglohnbezüger eine Lohnzulage. Dieses liberale Sozialhilfemodell vertreten Ökonomen schon lange unter dem Namen «Earned Income Tax Credit». Es setzt auf die Belohnung von Arbeit, statt so wie die Schweizer Sozialhilfe Arbeit zu bestrafen. Für einmal sollte also der Bundesrat wirklich von Europa lernen.

In dieser Kolumne schreiben im Wechsel «Handelszeitung»-Chefökonom Simon Schmid, «Handelszeitung»-Autor Urs Paul Engeler sowie Reiner Eichenberger, Professor für Finanz- und Wirtschaftspolitik an der Universität Freiburg.